



LASST UNS STREITEN!



Ein Jahr Corona: Verschieben sich unsere Prioritäten?

Auswertungsbericht zum Online-Dialog XVIII

Janek Treiber, Anne Herpertz, Annette Rehfeld-Staudt

Inhalt

Editorial	4
Der Dialog in Zahlen	5
These 1	
„Wir machen uns zu viele Gedanken um eine faire Verteilung der Impfstoffe“	6
These 2	
„Die Coronapandemie hat gezeigt, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk wertvoll ist.“	8
These 3	
„Nach einem Jahr Pandemie sollten wir die Überlastung der Krankenhäuser für mehr Lockerungen riskieren.“	10
These 4	
„Wissenschaftler*innen sollten eine stärkere Rolle bei der Entscheidung über Lockerungen haben.“	12
Fazit	14
Impressum	15

Weitere Informationen und Auswertungsberichte früherer Dialoge im Internet unter:



<https://www.lasst-uns-streiten.de/informationen>

<https://www.slpb.de/>

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

bereits vor einem Jahr haben wir im Online-Dialog den Umgang mit der damals noch neuen Corona-Pandemie zur Diskussion gestellt. Im aktuellen Dialog tun wir dies wieder. Damit greifen wir zum einen dieses immer noch allgegenwärtige Thema wieder auf, zum anderen zeigt sich gut, wie sich die Diskurse in den vergangenen Monaten entwickelt haben. Zum Vergleich: Im Frühsommer 2020 hatten wir die erste Welle sehr glimpflich hinter uns gebracht. Viele waren durchaus zufrieden mit dem Krisenmanagement der Regierung und man sah bereits das Ende der Pandemie am Horizont. Heute sind viele Dinge noch ungewisser als damals, obwohl wir über das Virus, seine Ausbreitung und Bekämpfung viel gelernt haben. Die Unzufriedenheit mit der Politik ist zudem inzwischen auf einem Höchststand, die Ungewissheit bei Eltern, Gewerbetreibenden und anderen Gruppen besonders groß. Zumindest einem Teil der aktuellen Debatte sollte der OD unter dem Titel „Ein Jahr Corona – verschieben sich unsere Prioritäten?“ mit folgenden Thesen Rechnung tragen:

- ◆ Wir machen uns zu viele Gedanken um eine faire Verteilung der Impfstoffe.
- ◆ Die Coronapandemie hat gezeigt, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk wertvoll ist.
- ◆ Nach einem Jahr Pandemie sollten wir die Überlastung der Krankenhäuser für mehr Lockerungen riskieren.
- ◆ Wissenschaftler*innen sollten eine stärkere Rolle bei der Entscheidung über Lockerungen haben.

Bei diesem Dialog gab es die methodische Neuerung, dass im Diskussionsportal der Website die Thesen rotierten – es gab also keine wie sonst festgelegte Reihenfolge. Damit sollte erreicht werden, dass die Teilnehmenden nicht nur die erste angezeigte These beantworten, sondern nach Interesse auswählen und sich eine mögliche Gleichverteilung der Beiträge ergibt. Am Ende entfielen etwa 18 Prozent der Interaktionen auf

die These zu den Impfstoffen, 28 Prozent auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, 33 Prozent auf die Überlastung der Krankenhäuser und 21 Prozent auf die Rolle der Wissenschaft. Dies ist besonders deshalb interessant, weil in früheren Dialogen Themen wie der gebührenfinanzierte Rundfunk oder auch Fragen der Impfung besonders kontrovers diskutiert wurden und ein großes Interesse auf sich zogen.

Insgesamt verzeichnete der Dialog 337 Beiträge und 212 Kommentare bei 7.177 Seitenaufrufen. Die Diskussion wurde zum großen Teil sachlich geführt, 27 Beiträge und 10 Kommentare wurden nicht veröffentlicht. Insgesamt war das Feld der Teilnehmenden eher zurückhaltend in Bezug auf Lockerungen und sorgte sich um die Überlastung der Krankenhäuser. Viele kritisierten die Überlastung als Dauerzustand, auch unabhängig von der Pandemie. Ebenso häufig wurde kritisiert, dass die Regierenden wissenschaftliche Expertise nur unzureichend in Anspruch nahmen. Hier wünschten sich viele, dass breiter auf Fachmeinungen gehört und auf diesen basierend entschieden wird. Wie die Diskussionen im Einzelnen geführt und welche Argumente vorgebracht wurden, kann im Folgenden detailliert nachvollzogen werden.



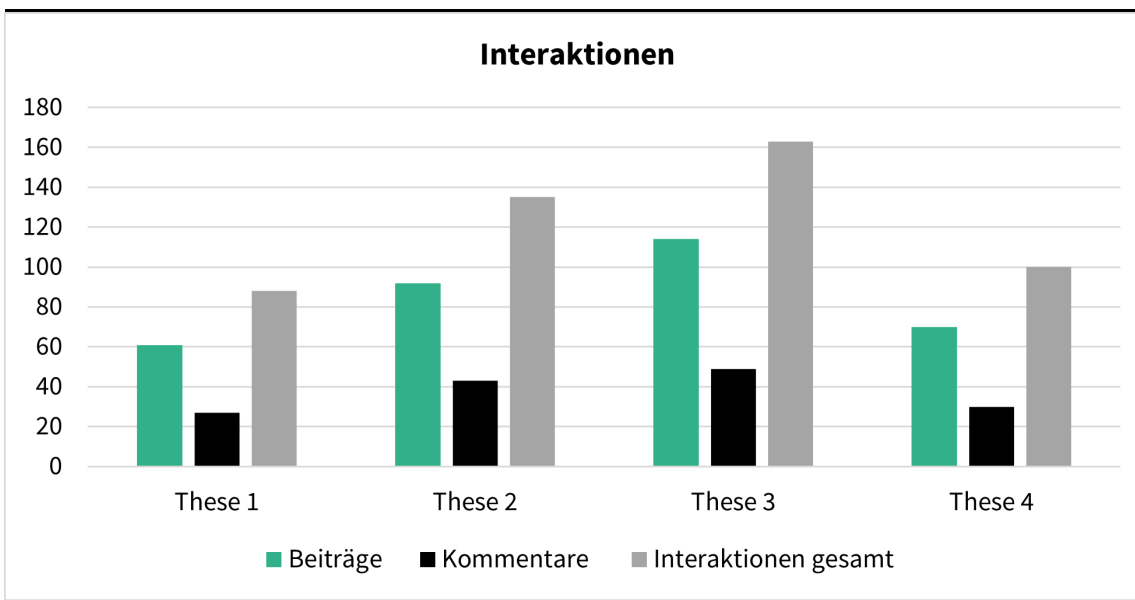
Der Dialog in Zahlen

Eindeutige Besuche: 7.177

Beiträge: 337

Kommentare: 212

Davon nicht veröffentlicht*: 27 Beiträge, 10 Kommentare



	Beiträge	Kommentare	Interaktionen gesamt
These 1	61	27	88
These 2	92	43	135
These 3	114	49	163
These 4	70	30	100

*Gründe für das Nicht-Veröffentlichen sind insbesondere Unsachlichkeit beziehungsweise diskriminierende, beleidigende oder zu Gewalt aufrufende Inhalte sowie unsinnige Kommentare, beispielsweise sinnlose Buchstabenaneinanderreihungen.

These 1

„Wir machen uns zu viele Gedanken um eine faire Verteilung der Impfstoffe.“

Die erste These widmete sich der Frage, ob die zahlreichen Diskussionen um die nationale wie internationale Verteilung der Corona-Vakzine nicht überhöht und kontraproduktiv seien. Viele, aber beileibe nicht alle der Teilnehmenden schienen das so zu sehen: 41 Prozent argumentierten gegen derlei Diskussionen, 25 Prozent halten sie für wichtig und 34 Prozent positionierten sich neutral.

Die GegnerInnen der Verteilungsdebatte argumentierten häufig, dass solche Abwägungen und Priorisierungsfragen vor allem Zeit verbräuchten und damit einen schnellen Impffortschritt verhierten. Als Grund dafür wurde besonders die Bürokratie hinter der Priorisierung und beispielsweise die Prüfung auf Berechtigung gesehen. Viele wünschten sich entsprechend einen pragmatischeren Umgang.

Meinung zur These

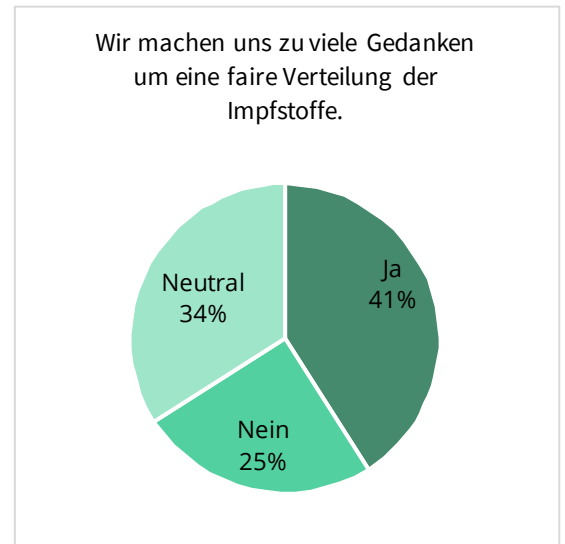
„Faire Verteilung war anfangs wichtig, um mit wenig Impfstoff die verletzlichen Gruppen zu schützen. Jetzt ist viel Impfstoff da und der Engpass bei der Logistik. Da ist es wichtig, möglichst schnell jeden zu impfen, der impfwillig ist und nicht an formalen Kriterien und Bürokratie festzuhalten.“

Als weiterer Punkt wurde vorgebracht, dass die verletzlichsten Gruppen inzwischen geimpft seien. Der Notwendigkeit einer schnellen Immunisierung dieser Menschen sei man damit nachgekommen. Nun sei es an der Zeit, jedem Impfwilligen die Möglichkeit zu eröffnen, statt auf formalen Kriterien zu beharren. Aktuelle Herausforderung sei nicht mehr die Produktion des Impfstoffs an sich, sondern die Logistik in der Belieferung.

Meinung zur These

„Fairness ist nötig bei der Priorisierung der Älteren, ansonsten aber gilt: Wer kann, der soll! Und: Je mehr und schneller, umso besser!“

Hier stellt sich allerdings die Frage, wie mit dem zu wenig vorhandenen Impfstoff umgegangen



werden soll. Zumindest zur Zeit des Online-Dialoges wäre es von den Kapazitäten ausgehend noch nicht möglich gewesen, alle Impfbereiten tatsächlich zu immunisieren. Andere Teilnehmende wünschten sich zudem, dass Reste und die Impfstoffe ausgefallener Termine einfacher und ohne Priorisierung verteilt werden.

Wer der These widersprach und Diskussionen um die gerechte Verteilung für notwendig hielt, begründete dies vor allem damit, dass soziale Spannungen entstehen könnten:

Meinung zur These

„In einer globalen, vor allem aber auch gesellschaftlichen Krisensituation ist es unabdinglich, dass wir die ohnehin schon angespannten sozialen Netze (explizit nicht Netzwerke) in der Bevölkerung nicht noch zusätzlich durch ethisch fragwürdiges Handeln belasten. Hierzu zählt vor allem auch die Frage nach der fairen Ressourcenverteilung, die sich meiner Meinung nach selbstverständlich an den Bedarfen von benachteiligten Personen bemessen muss (bspw. Ältere, Vorerkrankte, Personen in Risikojobs etc.)“

Viele fürchteten, ohne eine entsprechende Priorisierung würden Impfstoffe vor allem nach sozio-ökonomischem Status und nicht nach medizinischer Notwendigkeit verteilt. Deswegen sei eine Beachtung von Fairness relevant und nicht derer, „die am lautesten schreien“, wie es ein Teilnehmer ausdrückt.

In Verbindung damit wird auch die globale Ungleichverteilung kritisiert, über die es eine Diskussion geben müsse.

Meinung zur These

„In manchen Ländern kann man im Drive-through zur Impfung fahren. Bei uns kriegen selbst Kranke keinen Termin, andere Länder haben gar keinen Impfstoff. Da läuft schon was falsch.“

Neben der Gerechtigkeitsfrage ist dies auch medizinisch von Bedeutung, um die Verbreitung von Virusvarianten zu verhindern und die Pandemie global einzuhegen. Allerdings fürchteten einige Teilnehmende, dass die Profitgier Einzelner eine sinnvolle und gerechte Verteilung verhindere.

Neutral positionierte NutzerInnen argumentierten vor allem mit den Nachteilen durch Bürokratie. Zwar hielten sie eine Diskussion um eine gerechte Verteilung nicht für unsinnig, zu viel Debatte darum wäre aber für das Tempo schädlich.

Meinung zur These

„Mittelfristig finde ich die Impfgeschwindigkeit wichtiger als die Reihenfolge. Dass wir nur kleine Anteile der Willigen impfen können, sollte kein Dauerzustand sein.“

Meinung zur These

„Eine Priorisierung von besonders vulnerablen oder sozial wichtigen Gruppen halte ich für sinnvoll, jedoch darf dafür nicht die Gesamtzahl an Impfungen reduziert oder verlangsamt werden.“

Auch wird darauf verwiesen, dass inzwischen besonders vulnerable Gruppen geimpft seien. Deren bevorzugte Impfung sei wichtig, danach ginge es nur noch um Tempo. Allerdings sehen neutral Positionierte teilweise die Notwendigkeit, die Reihenfolge zu überdenken. Was Einzelne dabei aber übersehen: In den aktuellen Priorisierungsgruppen sind Menschen mit hohem Risiko der Weiterverbreitung des Virus bereits berücksichtigt, etwa medizinisches Personal oder Menschen, die im Einzelhandel tätig sind.

Meinung zur These

„Ich halte eine Impfpriorisierung für Risikogruppen durchaus für wichtig und sinnvoll. Das darf aber nicht dazu führen, dass die Impfkampagne so stark verlangsamt wird und Impfdosen sogar verfallen, weil sie nicht verbraucht wurden. Da muss das System flexibler reagieren können.“

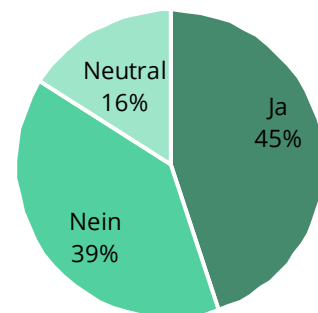
These 2

„Die Coronapandemie hat gezeigt, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk wertvoll ist.“

Unter der zweiten These sammelten sich die zweitmeisten Beiträge und Kommentare in diesem Online-Dialog. Es wurde die Frage zur Debatte gestellt, ob die Corona-Pandemie gezeigt habe, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk wertvoll sei. Rund 45 Prozent der Teilnehmenden stimmten der These zu, 39 Prozent lehnten sie ab und 16 Prozent positionierten sich neutral. Die Kommentare stellten fast ein Drittel der gesamten Interaktionen dar.

Die Teilnehmenden, die sich für die besondere Relevanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Corona-Krise aussprachen, argumentierten mit der sachlichen und neutralen Berichterstattung sowie Seriosität und Verlässlichkeit der Quellen. BefürworterInnen hoben die von ihnen als kritisch empfundenen Darstellungen von Themen hervor:

Die Coronapandemie hat gezeigt, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk wertvoll ist.



Meinung zur These

„**Öffentlich-rechtliche Diskussionsforen laden wertvolle Diskussionspartner:innen ein und bieten oft auch die Möglichkeit des Faktenchecks, wie bspw. "hart aber fair"**“

Meinung zur These

„**Wo keine privaten Geldinteressen im Vordergrund stehen, kann man wohl mehr Vertrauen in die Seriosität der Nachrichten haben.**“

Meinung zur These

„**Dieser spiegelt weiterhin Facetten und Meinungsbilder aller vertretenen politischen Ausrichtungen wider.**“

Meinung zur These

„**Qualitätsjournalismus, der nicht von Werbegeldern abhängig ist und sich der Recherche und sachlichen Berichterstattung verschreibt, anstatt provokativen Überschriften und politisch**

Auch andere wiesen auf die Wichtigkeit von Faktenchecks gegen Fake-News hin sowie auf den von ihnen als gut empfundenen Umgang des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit Verschwörungsmethoden:

oder monetär motivierten Erstellern reißerischer Überschriften“

Andere BefürworterInnen betonten die Wichtigkeit der Öffentlich-rechtlichen schon vor der Pandemie und hoben neue Online-Formate (wie den NDR-Podcast mit Christian Drosten) positiv hervor. Einige wenige merkten ergänzend an, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk trotzdem noch verbesserungswürdig sei.

Meinung zur These

„**Grundsätzlich ist faktenbasierter Journalismus eine demokratische Notwendigkeit. Gerade in der Krise zeigt sich wie Desinformation tatsächlich schädlich sein kann und hier beweisen die öffentlich-rechtlichen uns einen großen Dienst dagegen.**“

Die GegnerInnen der These sehen das genau anders: Die Öffentlich-Rechtlichen hätten nicht ausgewogen und kontrovers genug berichtet oder seien nicht kritisch genug gegenüber der Regierung bzw. den Maßnahmen gewesen. Andere warfen ihnen Panikmache und tendenziöse Berichterstattung vor:

Ein weiteres Argument der Befürwortenden war die Unabhängigkeit der öffentlich-rechtlichen Angebote von Werbegeldern und anderen finanziellen Interessen, welche die Berichterstattung weniger reißerisch machen würde als bei privaten Anbietern:

Meinung zur These

„Der ÖRR hat informiert, aber viel zu einseitig: Es wurden immer wieder (im Stundentakt) Zahlen veröffentlicht, die bei manchen Panik verursachen, bei anderen Gleichgültigkeit durch massive Überbetonung eines Themas.“

Auch wurde häufig kritisiert, dass andere Meinungen ausgeschlossen oder diffamiert werden würden:

Meinung zur These

„Er berichtet nicht neutral und nicht differenziert. Abweichende Meinung wird diffamiert.“

Meinung zur These

„Doch die tendenziöse Berichterstattung dieser Sender ist momentan nicht zu übersehen. Dabei geht es nicht darum, dass unbequeme Meinungen nicht ausgestrahlt werden, sondern vielmehr um die Darstellung dieser Meinungen. Es wird sich entweder darüber lächerlich gemacht oder moralisch darüber erhoben.“

Einige äußerten ihren Unmut über die von ihnen so benannte „Zwangsförderung“ der Öffentlich-rechtlichen. Eine Person wies darauf hin, dass auch nicht-öffentliche Angebote berichten. Andere GegnerInnen der These bewerteten die Qualität der DiskussionsteilnehmerInnen in Sendungen oder übten ganz allgemein Kritik am öffentlich-rechtlichen Rundfunk:

Meinung zur These

„In Talkshows plappern viele, die von nichts eine Ahnung, aber zu allem eine Meinung haben, Politiker betreiben Wahlkampf.“

Meinung zur These

„Haben sich die Kritikpunkte am ÖRR etwa plötzlich in Luft aufgelöst?“

Bei den neutral Positionierten zeigte sich ein vielfältiges Meinungsbild. Viele hatten eine zweigeteilte Haltung zur These. Neben Lob wurden Teile der Berichterstattung kritisiert und es wurde betont, dass einiges besser hätte laufen können:

Meinung zur These

„Auffällig war eine geringe Kompetenz bei der Einschätzung neu veröffentlichter medizinischer/wissenschaftlicher Erkenntnisse.“

Meinung zur These

„Einerseits bietet er die wichtigsten Informationen komprimiert, unaufgeregt und mit Quellen für Hintergrundinformationen, andererseits werden Maßnahmen kaum hinterfragt und "Kritiker" einer bestimmten Klientel finden übergroße Beachtung, sodass vernünftige Kritik untergeht oder nur kurz/kaum Beachtung findet (z. B. Aerosolforscher mit der Kritik zum Maske tragen im Freien).“

Auch fanden sich hier Beiträge, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk schon immer, also auch vor der Pandemie, als wichtig empfunden haben.

Zwei Personen begründeten die neutrale Entscheidung damit, dass die öffentlich-rechtlichen Sender keine bessere oder schlechtere Arbeit gemacht hätten als private oder soziale Medien. Eine weitere Person unter-

strich die Bedeutung des Hinterfragens auch beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk:

Meinung zur These

„Auch die öffentlichen Rechtlichen beziehen ihre Nachrichten zum Teil von freien Mitarbeitern. Inhalte werden von mir immer hinterfragt.“

These 3

„Nach einem Jahr Pandemie sollten wir die Überlastung der Krankenhäuser für mehr Lockerungen riskieren.“

Die dritte These widmete sich dem Gedanken, inwieweit Lockerungen so sehr erforderlich seien, dass auch eine Überlastung der Krankenhäuser riskiert werden könne. Nur wenige Teilnehmende stimmten dieser These zu: 24 Prozent teilten diese Auffassung, 70 Prozent hingegen äußerten ihre Ablehnung. Die These schien besonders zu polarisieren, denn nur 6 Prozent positionierten sich neutral.

Hauptargument der BefürworterInnen war, dass durch den Lockdown gravierendere Schäden bei den Menschen angerichtet wurden: Er könnte wegen der immensen psychosozialen und wirtschaftlichen Folgen keine „Dauerlösung“ sein. Im Zusammenhang damit wurde zudem die Wirksamkeit der Maßnahmen bezweifelt.

Meinung zur These

„Der Lockdown trifft immer mehr Menschen, die nicht an Corona erkranken, auf finanzieller, existenzieller und psychischer Ebene in einer Weise, die manche Maßnahmen unverhältnismäßig macht.“

Meinung zur These

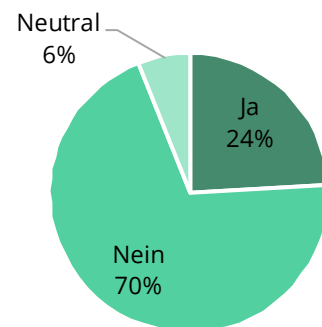
„Es sollte auf die Verhältnismäßigkeit des Lockdowns geachtet werden. Das wurde bisher nicht getan. Die wirtschaftlichen Schäden für die Gesellschaft übersteigen die Gefahren für die Gesundheit Einzelner.“

Die Überlastung der Krankenhäuser sei zudem nicht erst mit der Pandemie eingetreten, sondern bestand schon länger. Eine mit Corona infizierte Person müsse nicht automatisch stationär behandelt werden, sodass Grundrechtseinschränkungen in der Massivität des Lockdowns unangebracht seien.

Meinung zur These

„Es ist die grundsätzliche Aufgabe der Krankenhäuser, Patienten zu behandeln. Da wir derzeit im Schnitt eine Auslastung der ITS zu 80 % haben, davon ca. 25 % Covid-19-assoziierte Erkrankungen, ist derzeit keine ‚Überlastung‘ zu erwarten“

Nach einem Jahr Pandemie sollten wir die Überlastung der Krankenhäuser für mehr Lockerungen riskieren.



Viele sahen die Gründe für eine Überlastung vor allem im Versagen politisch Verantwortlicher und der Profitgier von Krankenhauskonzernen. Andere waren optimistisch, dass mit der steigenden Impfquote eine Überlastung zu verhindern sei. Allgemein seien aber Vorhersagen bezüglich der flächendeckenden Überlastung nicht eingetreten.

Die zahlreichen GegnerInnen der These wehrten sich dagegen, Menschenleben gegen wirtschaftliche Freiheit aufzuwiegen. „Keine Wirtschaft und keine Kultur der Welt“ sei es wert, tausende Menschen zu opfern. Viele fürchteten im Falle einer Überlastung um den Verlust ihrer Angehörigen oder ArbeitskollegInnen. Ein Teilnehmer verwies zudem auf das grundgesetzliche Verbot, Menschenleben gegeneinander aufzurechnen, was aber unter den Umständen von Öffnungen der Fall wäre.

Meinung zur These

„Eine Überlastung der Krankenhäuser wäre tödlich, nicht nur für Covid-PatientInnen, sondern auch alle anderen medizinischen Notfälle. Dagegen sind Lockerungen nicht aufzuwiegen.“

Meinung zur These

„Jede/r BürgerIn hat ein Recht auf medizinische Behandlung, egal ob in Arztpraxen, Krankenhäusern inklusive Intensivstationen. Intensivstationen sollen Leben retten. Unser Leben, unsere Lebenszeit, ist der kostbarste und einmaligste Besitz, den wir haben. Alles, was man im Leben verliert, kann man wiedererlangen: Besitz, einen Arbeitsplatz, einen Partner. Nur unser Leben und unsere verlorene Lebenszeit sind unwiederbringlich! Deshalb müssen Leben und Gesundheit einen besonderen Schutz erfahren. Für mich wiegt das Recht auf Leben und Gesundheit und im Notfall auch die Aufnahme auf einer Intensivstation schwerer als alle anderen Grundrechte.“

Zahlreiche Teilnehmende forderten zudem die dauerhafte Entlastung von Krankenhäusern. Es brauche mehr medizinisches Personal und eine bessere finanzielle Ausstattung. In dem Zusammenhang wurde moniert, dass sich seit Beginn der Pandemie am Jahresanfang 2020 nicht viel getan habe: „Ein Jahr später mit derselben Begründung [für einen Lockdown] zu argumentieren bedeutet, dass [...] nichts daran verbessert wurde“. Außerdem wurde von zahlreichen Teilnehmenden die Rücknahme von Krankenhausprivatisierungen gefordert.

Meinung zur These

„Die Überlastung der Krankenhäuser hat massivste und vor allem weitestgehende Folgen. Bereits vor der Pandemie zeigten sich die Folgen der umfassenden Privatisierung, Zentralisierung und Einsparungen. Insbesondere ein Mangel an ausreichendem und zudem qualifiziertem Personal ist eine der wichtigsten Folgen hieraus. Seit Beginn der Pandemie sind die Mitarbeiter des Gesundheitssystems extremer Mehrbelastung ausgesetzt, physisch wie psychisch. Seit der zweiten Welle kam es zu keiner nennenswerten Entspannung im Gesundheitssystem. Es ist zu befürchten und nahezu gesichert, dass eine weitere Belastung unser Gesundheitssystem nicht nur kurzzeitig überlastet, sondern auf das nachhaltigste ge-

Weitere Gegenargumente bezogen sich auf die besondere Betroffenheit vulnerabler Gruppen im Falle einer Überlastung. Zudem wurde denjenigen Egoismus vorgeworfen, die bereit wären, eine Überlastung für mehr Freiheit zu riskieren.

Neutral positionierte KommentatorInnen wünschten sich hauptsächlich, dass neue Wege gegangen würden, um aus der Pandemie zu kommen und damit eine Überlastung zu verhindern. Gleichzeitig sollte aber die individuelle Freiheit gewahrt werden. Gründe für eine Überforderung sahen sie mehr auf der politischen als auf der medizinischen Ebene. Die Wirksamkeit aller Maßnahmen in Bezug auf die Eindämmung wurde dahingehend ebenfalls in Zweifel gezogen.

Meinung zur These

„Nach einem Jahr Pandemie müssten wir die Krankenhäuser besser vorbereitet haben.“

Meinung zur These

„Man sollte es nicht riskieren, dass die Krankenhäuser übertoll werden. Aber Ausgangsbeschränkungen nach 22 Uhr bringen nichts. Vor allem wird das im Sommer sehr schwer umsetzbar werden. Es muss mehr getestet werden und wenn möglich, alle Berufe in Homeoffice verlegt werden. Denn anstecken tut man sich nicht an der frischen Luft, sondern in geschlossenen Räumen!“

These 4

„Wissenschaftler*innen sollten eine stärkere Rolle bei der Entscheidung über Lockerungen

Die vierte These beschäftigte sich mit dem Gedanken, ob WissenschaftlerInnen nicht einen größeren Einfluss auf die politischen Entscheidungen in der Pandemie haben sollten. Bei den Teilnehmenden stieß dies auf breite Zustimmung: 72 Prozent unterstützten die Haltung, Entscheidungen auf eine wissenschaftliche Basis zu stellen, nur jeweils 14 Prozent lehnten dies ab oder positionierten sich neutral.

Die meisten BefürworterInnen argumentierten damit, dass es bei ExpertInnen aus der Wissenschaft die beste Datenbasis und damit das breiteste Handlungswissen gebe. Sie könnten sicherer sagen, welche Maßnahmen sinnvoll seien und was nicht funktioniere. Zudem wurde ihnen zugestanden, faktenbasiert zu entscheiden. Die Gründe dafür wurden recht pragmatisch gesehen: WissenschaftlerInnen steckten schlicht tiefer in der Materie.

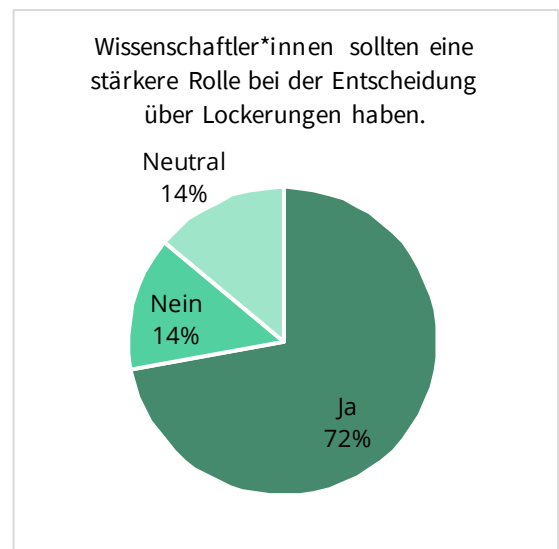
Meinung zur These

„Ernsthafte Wissenschaftler folgen der Faktenlage und entscheiden nach logischen Gesichtspunkten, nicht nach Bauchgefühl oder nach einer Ideologie.“

Meinung zur These

„Es hat sich im globalen Vergleich gezeigt, dass die Länder, die streng nach wissenschaftlicher Empfehlung vorgehen, durchweg besser durch die Pandemie kommen – nicht nur bezogen auf die Sterblichkeit/Infektionszahlen (z. B. Taiwan, Neuseeland, Norwegen).“

Damit verbunden wurde kritisiert, dass die Politik zuletzt nur sehr eingeschränkt auf die Wissenschaft gehört hätte. Viele sahen eine Verengung auf bestimmte Disziplinen oder Grundauffassungen. Entsprechend wurde gefordert, dass „verschiedene Bereiche“, abseits der Virologie, „mehr gehört werden“, etwa Psychologie oder Aerosolphysik.



Meinung zur These

„Die meisten Politiker*innen sind eher Juristen oder Politikwissenschaftler*innen, daher fände ich es wichtig, auch Menschen anderer Wissenschaften stärker zu beteiligen, in der Pandemie ganz besonders Virologinnen, Epidemiologinnen und Medizinerinnen.“

Entsprechend wären vorhandene Erkenntnisse durch die Politik ignoriert und nur solche Auffassungen zugelassen worden, die jeweils die eigene Überzeugung bestätigen, bemerkten viele NutzerInnen.

Meinung zur These

„Fachleute wie Wissenschaftler können wichtige Fakten zu Entscheidungen beitragen, ohne die von Fachfremden, also Laien, keine Entscheidungen getroffen werden sollten. Diese Leute widmen etliche Jahre ihres Lebens einem Studium, wenn nicht das ganze Leben, das dem Schutz und dem Wachstum unserer Gesellschaft dient. Die Stimmen der Fachleute werden lei-

Ebenso positiv wurde bei WissenschaftlerInnen gesehen, dass diese keine wahlkampfstrategische Agenda hätten. In der Politik, so fürchtete man, sei vieles nicht zuletzt in Beziehung auf politischen Erfolg festgelegt. Da nun aber wissenschaft-

liches Personal nicht zur Wahl steht, würden diese Überlegungen entfallen und nur der nüchterne Sachverstand gebraucht.

GegnerInnen der These argumentierten, dass nur PolitikerInnen demokratisch legitimiert seien und deshalb sie die Entscheidungen treffen müssten. Diese Berechtigung würde wissenschaftlichem Personal fehlen. Insbesondere der Parlamentarismus und der demokratische Streit um den besten Weg durch und aus der Krise dürften nicht durch bedingungsloses Befolgen wissenschaftlicher Ratschläge untergraben werden. Einige merkten an, dass bestimmte Maßnahmen, die rein theoretisch das Beste wären, politisch nicht realisierbar sind, wie ein Totallockdown mit geschlossenem Lebensmitteleinzelhandel oder ein Stilllegen des ÖPNV. Zudem müssten PolitikerInnen als Verantwortliche in der Konsequenz entsprechende Risiken tragen.

Meinung zur These

„Nein, politische Entscheidungen sollten alleine von durch Wahlen legitimierte Politiker getroffen werden. Und Grundrechte einzuschränken und politische Macht auszu-

Meinung zur These

„Wissenschaftler können nur Hinweise für eine Entscheidung geben. Die Verantwortung muss die Gesellschaft und stellvertretend die Politik tragen. Durch das Verstecken hinter „der Wissenschaft“ stiehlt sich „die Politik“ aus der Verantwortung. Lockdown und Lockerungen sind keine wissenschaftlichen, sondern ausschließlich politische Entscheidungen.“

Zudem würden Bürgerinnen und Bürger, so eine weitere vertretene Auffassung, selbst am besten wissen, was gut für sie ist. Entsprechend wurden Fachdebatten kritisiert und als „Elfenbeinturminterne Diskussionen“ abgetan. Die Gesellschaft müsse ihre Prioritäten selbst festlegen, eine mangelnde Akzeptanz der wissenschaftlich verordneten Maßnahmen wurde in diesem Zusammenhang befürchtet.

Meinung zur These

„Ich glaube, nach einem Jahr Pandemie sollten vielmehr die Bürger (die darunter leiden müssen) mitentscheiden dürfen, was wichtig und sinnvoll ist. Nur die Meinung der Wissenschaftler zu hören wäre einseitig (denn die würden definitiv alles zumachen.) Wissenschaft ist wichtig, das ist klar. Allerdings müssen auch andere Stimmen gehört werden.“

Außerdem merkten einige wenige Teilnehmende an, dass sich die Wissenschaft im Kern uneinig sei und regelmäßig irre, sodass auf die Meinung einzelner beratender WissenschaftlerInnen ohnehin kein Verlass sei.

Neutral positionierte KommentatorInnen waren vor allem mit der Selektivität, mit der wissenschaftliche Meinungen von der Politik gehört werden, unzufrieden.

Meinung zur These

„Wissenschaftler haben mit ihren Studien und Prognosen bereits einen wichtigen Einfluss auf die Entscheidungen. Das Problem ist eher, dass nur bestimmte Wissenschaftler gehört, andere aber ignoriert oder gar diskreditiert werden.“

Sie wiesen zudem darauf hin, dass sich wissenschaftliche Positionen ständig ändern und erneuern würden, sodass man einer einmalig wissenschaftlich festgelegten Position nicht dauerhaft folgen könne. Man fürchtete ferner, dass Erkenntnisse und die dahinterstehenden Personen von der Politik instrumentalisiert werden könnten.

Meinung zur These

„In der Wissenschaft gibt es stets unterschiedliche Standpunkte und sie läuft in Gefahr, von der Politik als williger Helfer missbraucht zu werden.“

Fazit

Auch über ein Jahr nach dem Beginn der Pandemie zog der nunmehr 18. Online-Dialog mit seinen Thesen rund um Corona eine breite Aufmerksamkeit und Diskussionsfreudigkeit auf sich. Viele Teilnehmende äußerten differenziert ihre Meinung. Trotz der umfangreichen Medienberichterstattung und des im Vergleich zum Vorjahr enormen Zuwachses an Wissen über die Krankheit fand sich nach wie vor ein gewisser Anteil wenig differenzierter oder empirisch leicht widerlegbarer Meinungsbeurteilungen.

Aus Sicht der politischen Bildung besonders relevant sind Fragen der Lerneffekte. Im ersten Corona-Dialog vor einem Jahr forderten beispielsweise noch 25 Prozent, dass man zur Bekämpfung der Pandemie bereit sein müsse, auf Grundrechte zu verzichten. 44 Prozent forderten zudem eine zentrale Maßnahmenkoordinierung durch den Bund, während 43 Prozent dies ablehnten¹. Inzwischen gibt es mit der Bundesnotbremse eine zentrale Regelungsmaßnahme des Bundes. Der neue Dialog hat gezeigt, dass eine gewisse Verzichtsbereitschaft durchaus besteht, es aber immer einen bestimmten Anteil an Menschen gibt, für die ein potenzieller ökonomischer Schaden schwerwiegender ist als ein medizinischer. Neu hinzugekommen ist zudem eine gewisse Medienkritik: Fehler im Regierungshandeln wurden vielen Teilnehmenden zu wenig kritisch beleuchtet. Interessant ist hier aber zu sehen, dass frühere Dialoge, die Themen wie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk beinhalten, oft in großem Stil von prinzipiellen GegnerInnen dieses Finanzierungssystems benutzt wurden. Dies ist bei diesem Dialog ausgeblieben.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht abzusehen, ob es einen weiteren Dialog zum Thema Corona geben wird, ob er erforderlich und wie groß die Nachfrage sein wird. Denn bei sinkenden Fallzahlen ist schwer abzuschätzen, wie sich die Pandemie über den Sommer 2021 hinaus entwickeln wird. Als dann werden aber Folgefragen auftreten: Wer bezahlt die Krise, wie ändert sich der Umgang mit

dem Gesundheitssystem, haben die Maßnahmen der Demokratie und dem Vertrauen in die Politik geschadet? Womöglich hat die Ungewissheit über die Zukunft zum zurückhaltenden und differenzierten Meinungsbild in diesem Online-Dialog geführt. Viele Teilnehmende – das ist das große Gesamtbild – wollen offenbar lieber eine Zeitlang weiter vorsichtig bleiben, als eine Rückkehr hoher Fallzahlen zu riskieren. Ob diese Strategie aufgeht, wird sich zeigen.

¹Vgl. Schumacher, U./Herpertz, A./Treiber, J./Rehfeld-Staudt, A. 2020. Auswertungsbericht zum Online-Dialog XVI: Onlinedialog zum Umgang mit dem Coronavirus. Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, Dresden.

Impressum

Herausgeberin:

Sächsische Landeszentrale für politische Bildung
Referat 1: Politische Bildung online
Schützenhofstraße 36 | 01129 Dresden

Telefon: 0351 85318-33
E-Mail: Online-Dialog@slpb.smk.sachsen.de
Internet: www.slpb.de

Redaktion:

Janek Treiber, M.A. | Anne Herpertz, B.A.
(Institut für Politikwissenschaft, Technische Universität Dresden)
Lektorat: Dr. Ulrike Schumacher
im Auftrag von Referat 1: Politische Bildung online,
Dr. Annette Rehfeld-Staudt

Redaktionsschluss:

August 2021

Gestaltung und Satz:

Janek Treiber

Bildmaterial:

<https://pixabay.com/de/>

Verteilerhinweis:

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung.

Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.